

Laibacher Zeitung.

N^o 14.

Montag am 19. Jänner

1852.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbjährig 30 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 kr. — Inzerationsgebühr für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 kr., für zweimalige 4 kr., für dreimalige 5 kr. C. M. Inzerate bis 12 Zeilen kosten 1 fl. für 3 Mal, 50 kr. für 2 Mal und 40 kr. für 1 Mal einzuschalten. Zu diesen Gebühren ist nach dem „provisorischen Gesetze vom 6. November l. J. für Inzerationsstempel“ noch 10 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen.

Ämtlicher Theil.

K u n d m a c h u n g.

Vom Wohllehrwürdigen Pfarramte Maria Verkündigung in Laibach ist mir für den durch das Hochwasser vom 3. November 1851 beschädigten Andreas Mallenscheg, Müller in Tazen, ein Sammlungsbetrag pr. 9 fl. 45 $\frac{1}{4}$ kr. dann von einem Ungenannten ein Betrag pr. 1 „ — „

zusammen . 10 fl. 45 $\frac{1}{4}$ kr.

eingesendet worden.

Indem ich diesen Umstand zur allgemeinen Kenntniß bringe, und den betreffenden Herren Wohlthätern für obige Spenden den gebührenden Dank sage, füge ich hier noch bei, daß besagter Mallenscheg unter Einem zur Erhebung der oben specificirten Unterstützungssumme angewiesen worden sey.

Laibach, am 3. Jänner 1852.

Thomas Glantschnigg,
k. k. Bezirkshauptmann.

Se. k. k. apostol. Majestät haben mit allerhöchster Entschliessung vom 12. Jänner l. J., den Johann Anton Brentano, gewesenen Großhändler, zum Ministerialrath im k. k. Finanzministerium mit den systemmäßigen Bezügen allergnädigst zu ernennen geruht.

Das k. k. Finanzministerium hat den Finanzwach-Obercommissär Sigmund Frey zum Finanzwach-Oberinspector im Bereiche der Finanzwach-Landesdirection in Wien ernannt.

Die landesfürstliche Pfarre Günskirchen ist dem Domprediger, geistlichen Rathe und Director des Blindeninstitutes in Linz, Peter Westermayer, vertheilt worden.

Nichtamtlicher Theil.

Die Zoll- und Handelsbestrebungen Oesterreichs und ihre Gegner.

Auf zwei verschiedenen Puncten Europa's sehen wir den Zoll- und Handelsbestrebungen Oesterreichs Schwierigkeiten und Hindernisse entgegnetreten, die, mögen sie sich auch hinter öconomischen Vorwänden und Nützlichkeitsrückichten zu verstecken bemüht seyn, gleichwohl ziemlich ähnlichen, trüben politischen Quellen entspringen.

Wir sehen die Redner der Linken in der piemontesischen Abgeordnetenkammer gegen den Entwurf des von Sardinien mit Oesterreich abgeschlossenen Handelsvertrages zu Felde ziehen, ungeachtet der Graf v. Cavour, ein Mann, dem vielseitige practische und erschöpfende Kenntniß des Gegenstandes nicht abgesprochen werden kann, mit schlagenden Gründen die Behauptung durchführte, daß der in Rede stehende Vertrag von den zahlreichen, Seitens Sardinien in neuerer Zeit abgeschlossenen Verträgen dieser Art unbedingt der vortheilhafteste sey. *)

Wie aber sind die Gründe beschaffen, welche von den Gegnern in das parlamentarische Treffen geführt werden?

Zwei der Herren Abgeordneten von der Opposition entblödeten sich nicht, den Schmuggel, als eine Bedingung des sardinischen Kunstseides, ausdrücklich in Schutz zu nehmen! Andere sprachen über die national-öconomischen Beziehungen des Vertrages, namentlich über die Folgen, die er dießfalls für Piemont haben werde, nur wenig, desto mehr und in desto phrasenreicherer Rede verbreiteten sie sich über angebliche politische Interessen, welche Piemont zu wahren hätte, die aber sammt und sonders nur auf einen einzigen, überall durchschimmernden Grundgedanken hinausliefen, daß nämlich Piemont den Beruf habe, die Selbstständigkeit Italiens im Gegensatz zu den Bestrebungen (?) Oesterreichs — die sich doch nur auf handelspolitischer Linie bewegen — im Principe zu wahren. Im tiefsten Grunde dieser Anschauungen zeigt sich jedoch unverkennbar jenes unwandelbare Festhalten an der träumerischen Einheitsidee, über deren wahren Gehalt die Parteien in Italien doch bereits hinreichend aufgeklärt seyn sollten.

Einer ähnlichen Opposition begegnen wir auch in Norddeutschland. Auch dort flüchten sich die anti-österreichische Idee und das überspannte Deutschthum hinter den schirmenden Mantel des deutschen Zollvereines, dem Oesterreich nicht nahe treten will, den es vielmehr — auf der dem Zollvereine selbst einzig zuzugewandten Basis des Schutzollsystems — consolidirt und nur freundschaftlich zu sich gestellt wissen will.

Niemand kann über diese Demonstrationen in Unklarheit gerathen, der sich nur obenhin erinnert, daß dieselben Männer, dieselben Organe, welche derzeit die Handelseinigung mit Oesterreich bekämpfen, zur sogenannten kleindeutschen Partei gehören, welche schon vor dem Jahre 1848, vor Allem durch die Bemühungen Pfizers in Stuttgart, und Gleichgesinnter, großgezogen, jetzt den im Großen verlorenen Kampf auf einem, wie angenommen wird, günstigeren Terrain fortzuführen sucht.

Mit dieser Partei hat nunmehr auch die Berliner „Kreuzzeitung“ ein, sey es auch nur zeitweiliges, Bündniß geschlossen.

In Nr. 9 äußert sie sich abermals über die Arbeiten der hier tagenden Zoll- und Handelsconferenz in einer Weise, die bitter feindlich, ironisch und sophistisch durch und durch dem Ernste des conservativen Blattes eben keine anziehende Folie verleibt.

Der alte Wis, die Dresdener Uebereinkunft mit dem Etichnamen eines „schätzbaren Materials“ zu bezeichnen, hat sein letztes Salz verloren, seitdem wir aus verlässlicher Quelle erfahren, daß die zustimmenden, in der hiesigen Zoll- und Handelsconferenz vertretenen Regierungen entschlossen sind, im Falle jene zur Erleichterung des wechselseitigen Verkehrs entworfenen Uebereinkunft nicht zu einem Bundesbeschlusse erhoben werden sollte, auf Grundlage derselben einen für alle Zeiten gültigen besonderen Vertrag unter einander abzuschließen.

Weiter ereifert sich das Blatt gegen die beantragte Aufhebung der Zölle auf österreichische Rohseide und Weine. Wenn wir auch den Einwand übergehen wollen, daß der Vereinszoll auf ausländische Weine einer Luxussteuer gleichkomme, so erscheint es uns geradezu unbegreiflich, wie ein in seinem Kerne freihändlerisches Blatt den Einfuhrzoll auf

Seide, ohne Furcht, lächerlich zu werden, befürworten mag. Wem bleibt es wohl zunächst aufgebürdet, als der zollvereinlichen Seidenfabrication, während doch nur geringe Aussicht vorhanden scheint, daß jemals an der Spree oder am Rheine Seide gesponnen werden dürfte?

Die Einwendung, daß nach den Bestimmungen des Einigungsvertrages B., zur Wahrung der österreichischen Staatsmonopole, als Salz, Tabak u. s. w. und der Erhebung der Verzehrungssteuer eine Zwischenzolllinie dennoch beibehalten werden müßte, hat wenig zu bedeuten, da selbst für diesen Fall die Freiheit des Verkehrs für die unabsehbare Menge aller übrigen Artikel keineswegs beeinträchtigt erscheint, und der Handel von einer Gränze zur andern sich ungehindert und in größter Schwunghaftigkeit zu entfalten vermöchte, wobei noch zu berücksichtigen kommt, daß die österreichische Regierung im Absatze 3 von B. ausdrücklich beantragt, die Monopols- und Verbrauchssteuern nicht zu erhöhen, womit für die Entwicklung selbst dieser Handelszweige eine sichere Grundlage gegeben ist.

Allein bald werden die feindlichen Stimmen im Norden, wie im Süden Oesterreichs verstummen, bald wird sich die Ueberzeugung herausstellen, daß Oesterreich nicht bloß Vortheile für sich verlangt, sondern reelle und große Vortheile bietet. Diese Ansicht beginnt sich schon in weiten Kreisen zu verbreiten und sowohl in Italien als Norddeutschland Wurzeln für eine glückliche Zukunft zu schlagen.

Correspondenzen.

Weldes, 13. Jänner.

H. U. Das hohe k. k. Ministerium für Landescultur und Bergwesen hat dem „Forstvereine der österreichischen Alpenländer“ in Aussicht gestellt, daß Hochdasselbe nicht anstehen werde, ihm eine angemessene, mit der Fläche, welche die Reichsforste innerhalb des Reiches seiner Thätigkeit einnehmen, im Verhältniß stehende Unterstützung zu gewähren, sobald derselbe in Wirksamkeit getreten, und um eine Beitragsleistung aus Staatsmitteln eingeschritten seyn wird.

Mit der ersten allgemeinen Versammlung am 1. Juni zu Klagenfurt tritt der Forstverein der österr. Alpenländer in Wirksamkeit, und wird gleichzeitig bei dieser Gelegenheit definitiv constituirt werden. Derselbe findet allenthalben im österreichischen Hochgebirge die lebhafteste Theilnahme, indem die forstlichen Zustände dieser Länder so verwaorlost sind, daß sich fast die einzige Hoffnung zum Besserwerden an die Wirksamkeit dieses Vereines knüpft. Derselbe zählt bis heute 204 Mitglieder.

Adelsberg, 17. Jänner.

— K. — Schwer zu glauben, jedoch eine wahre Thatsache. Am 11. d. M. Nachmittags, bei hellem, rubigen Tage überfiel einen armen reisenden Tiroler Mann auf der offenen Commercialstraße zwischen Adelsberg und Planina ein Wolf, warf den Armen zu Boden, biß ihn in die Hand und in's Gesicht. Der ganz erschrockene Arme stellte sich in die Nothwehr und balgte sich da eine kurze Zeit. Zum größten Glück kommen Fuhrleute, welche mit ihrem Geschrei und ihren Peitschen den Wolf vertrieben, der in die Waldung gegen Kaltensfeld zueilte. Der Verwundete und mit Blut überlornene arme Mann ging noch allein ganz

*) Einer Corresp. der „Triester Zeitung“ aus Turin vom 11. Jänner wurde der Vertrag mit zwei Dritteln Majorität von der Kammer bereits angenommen.

Die Redaction.

verwirrt gegen Manina, von da wurde er eben so gleich nach Adelsberg gebracht, unter ärztliche Aufsicht gestellt, verpflegt und durch eine milde Geldsammlung ganz gut gekleidet, worauf er sich recht wohl fühlte. Nun ist er nach Laibach zur weitem ärztlichen Behandlung abgeführt worden. Tags darauf wollte in der Früh, da es noch dunkel war, eben eine Bäuerin in Luegg (bekannt aus der krainischen Geschichte der Räuber und Luegger) zu ihren natürlichen Verrichtungen, und als sie sich niederbog, sprang der Wolf auf sie; da sie sich vielmehr einen Hund dachte, umklammerte sie das Thier, machte ein lautes Geschrei, und ihr Mann, der eben in der Nähe mit einem dicken Stricke zu thun hatte, sprang eilends auf das Geschrei des Weibes heraus, und bemerkte das Balgen, warf dem Thiere den Strick um, band es um das Maul, lief um eine Hacke und schlug das Unthier todt. Der Wolf wurde nach Adelsberg gebracht, gerichtlich untersucht, und mit vielen Spuren der Wuth verächtlich erklärt.

Das mutige, entschlossene Bauerweib, welches sich eben in gesegneten Umständen befinden soll, ist bis nun wohl auf, und man hofft, daß keine üblen Folgen an ihr zu befürchten seyn werden. Sie soll nur unbedeutend an einer Hand von dem Wolfe gebissen worden seyn. Weil ich eben in der krainischen Zeitschrift „Zgodnja Danica“ Nr. 3 lese, als habe der Wolf den Reisenden umgebracht, so schreibe ich den wahren Sachverhalt hier nieder.

Wölfe gibt es heuer in unserer Gegend ungewöhnlich viele. Ein Adelsberger Jäger hat unlängst hinter seinem Hause eine alte Wölfin erschossen, und er erzählte, er habe sieben dieser Raubthiere nacheinander kommen gesehen. Man hat jetzt schon einige Jagden veranstaltet, allein ohne Erfolg.

Österreich.

Wien, 15. Jänner. Ueber ein Ansuchen des hiesigen Vereines zur Hintanhaltung der Thierquälerei sind die Sicherheitswachen angewiesen worden, gegen Uebertreter der bestehenden Gesetze durch Aergerniß erregende Mißhandlung von Thieren mit allen gesetzlichen Mitteln vorzugehen.

Die „Allgemeine österr. Gemeindezeitung“ bringt in ihrer heutigen Nummer eine Widerlegung des gegen den Gemeinderath und den Bürgermeister der Stadt Wien gerichteten Artikels, welcher in der vorgestrigen „Presse“ hier so viel Aufsehen gemacht hat. Sie deutet darauf hin, daß „die Presse“, wenn sie dem Gemeinderath eine schlechte Wahrung der Communal-Interessen und dem Bürgermeister Mangel an Wissen und an Energie vorzuwerfen hat, jene Fälle hätte namhaft machen müssen, wo sich dieselben dergleichen zu Schulden haben kommen lassen.

Im Laufe der nächsten Tage werden amtliche Erläuterungen als Commentar zum neuen Zolltarife mit einem alphabetisch-geordneten Verzeichniß aller im gewöhnlichen Verkehr vorkommenden Warenartikel und Beifügung der betreffenden Nummer der Tarifpost in der k. k. Staatsdruckerei erscheinen.

Sicherem Vernehmen nach wird vom 1. Februar d. J. an der bisher übliche Wachstempel als Verzollungstempel für ausländische Fabrikate, und der Oblatenstempel dagegen für inländische Erzeugnisse in Anwendung kommen.

Die österreichisch-deutschen Zollconferenzen dürften schon zu Anfang des nächsten Monates beendet seyn. Das Entgegenkommen der dabei vertretenen deutschen Staaten gestaltet sich noch viel freundlicher als man erwartete und dürften deshalb die Verhandlungen mit Schnelligkeit dem Ziele zugeführt werden.

Betreffs der Münzscheine sind neue Verfügungen bevorstehend. Die Vermehrung dieses Papiergeldes soll gänzlich eingestellt, dagegen ein Fond aus Metall-Scheidemünze zur Tilgung derselben gegründet werden. Sobald die Ausprägung einer hinlänglichen Menge Scheidemünzen bewerkstelligt seyn wird, soll die Tilgung beginnen, wobei die österr. und ungarischen Münzscheine gleichmäßig behandelt würden.

Auf mehreren größeren Gütern in der Umgegend Wien's sind Versuche mit dem Anbaue der

Banane gemacht worden. Wenn die Versuche gelingen, so dürfte für die Kartoffeln ein Ersatzmittel gefunden seyn. Die Banane's sind wohl nicht so schmackhaft als die Kartoffel, aber sehr nahrhaft. 6 Stücke genügen, um einen Menschen den ganzen Tag zu ernähren.

Mehrere Schafwollfabrikanten haben dem h. Ministerium ein Gesuch überreicht, damit der durch den neuen Tarif festgesetzte Zoll für Schafwollfabrikate erhöht werde.

Die Arbeiter der Maschinenfabrik am Labor weigerten sich gestern, die Arbeiten fortzusetzen, weil sie in Folge dringender Bestellungen um eine Stunde länger arbeiten sollten, obgleich ihnen diese Arbeitsstunde besonders vergütet worden wäre. Die Rädelführer sind zur gerichtlichen Behandlung eingezogen worden.

Der Herr Ministerialrath Dr. v. Höck wird sich nach dem Schlusse der Wiener-Conferenz wieder nach Frankfurt begeben, um daselbst seine Wirksamkeit fortzusetzen.

Wir erfahren über unsere Mittheilung wegen Befreiung der an die im activen Dienste stehende Militär-Mannschaft gerichteten Briefe vom Porto, daß dieser Antrag bei der in Berlin gehaltenen österreichisch-deutschen Post-Conferenz bereits zum Beschlusse geworden ist, und mit dem März in Wirksamkeit treten wird.

Die Bestimmungen in Betreff des Salpetermonopols werden demnächst veröffentlicht werden. Das Monopol ist, wie bekannt, aufgehoben, und es handelt sich um die Uebergangsbestimmungen vom Monopol zum freien Gewerbe. Diese sind von dem Herrn H.M. Freiherrn v. Augustin entworfen, und den Handelskammern zur Begutachtung mitgetheilt worden, welche sich mit den gründlichen Anträgen ohne Ausnahme übereinstimmend äußerten. Die Salpetererzeugung wird künftig an die Gewerbsvorschriften gebunden seyn, doch sind derselben wesentliche Erleichterungen gewährt, und die Abnahme des Salpeters durch die Staatsverwaltung garantirt.

Ein Erlaß des Ministeriums bestimmt, daß Knaben der Finanz-Wachmannschaft gegenwärtig bis zum vollendeten 13. Lebensjahre als Kostgänger in die k. k. Regimentknaben-Erziehungshäuser aufgenommen werden können, während dieß früher nur bis zum vollendeten 12. Lebensjahre Statt finden konnte.

Der, für das Kronland Steiermark zur Anmeldung des Begehrens um Einleitung der Ablösungsverhandlung bezüglich jener Naturalleistungen, welche als unveränderliche Siebigkeiten an Kirchen, Schulen, Pfarren und zu anderen Gemeindegewerken entrichtet werden, abgelaufene Termin ist im hohen Auftrage bis 1. April 1852 verlängert worden.

Das Factum, daß durch starke Batterien ein Platinadrahth augenblicklich glühend gemacht werden kann, und die Erfahrung, daß ein rothglühender Platinadrahth die Haut und das Fleisch des menschlichen Körpers so kräftig zu durchschneiden vermag, wie die chirurgischen Instrumente, haben von Seite hiesiger Aerzte Versuche veranlaßt, Operationen mit solchem Drahte vorzunehmen, welche, ohne erhebliche Blutung zu veranlassen, vortreffliche Resultate lieferten.

Der zwischen Oesterreich und Parma abgeschlossene Postvertrag ist heute veröffentlicht worden. Demselben liegen die Bestimmungen des österreichisch-italienischen Postvereins mit wenigen Abänderungen zur Grundlage, und er tritt am 10. März in Wirksamkeit, bis wohin die bisherigen Postverträge beider Staaten aufrecht erhalten werden.

Zwischen der k. k. österreichischen und der k. spanischen Regierung sind Verhandlungen schwebend, welche durch Abschluß eines Handelsvertrages für den Verkehr Oesterreich's Erleichterungen anstreben. Besonders handelt es sich vorläufig darum, die in Spanien für die Provenienzen des adriatischen Meeres noch bestehende achtstägige Quarantäne herab zu setzen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, im Falle der Abschluß eines Handels- und Schifffahrtsvertrages zu Stande kommt, viele Industriezweige Oesterreich's, zumal in Glas, Wolle, Stahl u. dgl., auf der Halbinsel einen sehr bedeutenden Absatz erlangen können.

Nach der „Vossischen Zeitung“ hat Oester-

reich beim Bundestag den Antrag gestellt, daß alle Bücherverbote in Deutschland gemeinschaftlich seyn sollen. Ein solcher Antrag ist nicht gestellt worden, und es wird gewiß nicht unrichtig bemerkt, daß, wenn ein solcher Antrag für Deutschland ein Gesetz würde, der Fall eintreten dürfte, daß die in Preußen verlegten Schriften Luther's in katholischen Staaten verboten werden könnten.

In München ist von Seite der Theaterdirectionen gegen jene Tagesblätter, welche die Theaterzettel aufzunehmen pflegen, ein Prozeß wegen Nachdruck anhängig gemacht worden.

Von Louis Napoleon's schriftstellerischen Arbeiten wird eine neue Auflage vorbereitet. Die Werke sind folgende: „Réveries politiques“ 1832. — „Considerations politiques et militaires sur la Suisse“ 1833. — „Manuel d'artillerie“ 1835. — „Idées Napoléoniennes“ 1839. — „Fragments historiques“ 1841. — „Analyse de la question de sucres“ 1842. — „Extinction de pauperisme“ 1847. — „Le passé l'avenir de l'artillerie“ 3 Bände 1848.

Wien, 16. Jänner. Die durch Se. Majestät den Kaiser angeordnete Auflösung der Post-Directionen zu Krakau, Czernowitz, Troppau, Salzburg, Klagenfurt und Laibach erfolgt mit 1. k. M. Die Amtswirksamkeit dieser Directionen wird am letzten d. M. geschlossen und es übernehmen ihre Geschäfte die noch in Wirksamkeit bleibenden Post-Directionen zu Lemburg, Brünn, Linz, Graz und Triest. In Krakau, Czernowitz, Troppau, Salzburg, Klagenfurt und Laibach werden zur Besorgung des Postdienstes fortan nur Postämter mit Unterordnung unter die Post-Directionen bestehen. Durch diese Vereinfachung erwächst den Finanzen eine wesentliche Erleichterung.

Die im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers nach dem Norden Ungarns entsendete Hilfs-Commission hat Sorge getragen, daß einzelnen Landleuten, welche das zur Ausfaat bestimmte Getreide als Nahrung verwendeten, Ausfaat-Getreide verabfolgt werden kann.

Die „L. Z. G.“ schreibt: Dem Vernehmen nach ist im hohen Finanzministerium eine Commission beschäftigt, welche über Bestimmungen zur Regelung des Gränzbewachungswesens die Verhandlungen eröffnet hat.

Die Vorschläge der im October zu Wien gehaltenen österreichischen Telegraphen-Conferenz, haben die Genehmigung der kaiserl. österr. Regierung bereits erhalten; auch die Ratificationen der übrigen Vereinsregierungen sind bereits erfolgt. Die neuen Vertragsbestimmungen dürften erst mit 1. Juli in Wirksamkeit kommen. Es ist durch dieselben ein wesentlicher Schritt zur Einigung des österreichisch-deutschen Telegraphenwesens angebahnt, und man glaubt, daß sich derselben auch mehrere italienische Staaten anschließen werden.

Die Bevollmächtigten zur österreichischen Zollconferenz haben sich heute Nachmittags, 1 Uhr, zu einer Sitzung versammelt.

Zur Berichtigung einer Notiz diene die uns zugekommene Nachricht, daß der neue Verwaltungsorganismus für Ungarn von einem Allerhöchst bestimmten Comité unter Vorsitz Sr. kaiserl. Hoheit des Erzherzog-Gouverneurs mit Zuziehung folgender Mitglieder: Graf Georg Apponyi, Baron Gebringer, Graf Cziráky, Baron Hauer und Oberjustizrath Baghy berathen werden soll. Ueber diesen Entwurf hätten dann der Minister- und Reichsrath ihr Gutachten abzustatten, bevor die Allerhöchste Entscheidung erfolgen würde.

Das wohlgetroffene, durch Herrn Eduard Kaiser lithographirte Porträt des Herrn Andreas Ritter v. Baumgartner, k. k. Ministers der Finanzen, des Handels und der öffentlichen Bauten, ist so eben in Neumann's Kunsthandlung erschienen.

Ueber Auftrag des hohen Unterrichtsministeriums wenden die Statthaltereien jetzt ihr besonderes Augenmerk auf Errichtung von Schulbibliotheken und damit in selben solche Bücher aufgenommen werden, die geeignet sind, den religiösen Sinn der Schuljugend zu erwecken und zu kräftigen. Ueber die in Schulbibliotheken befindlichen Bücher müssen Ausweise verfertigt und wird für Vermehrung derselben in entsprechendem Maße auch Sorge getragen werden.

— Die Witwe des Dr. Priesnitz hat am 12. d. M. Gräfenberg verlassen, um in Wien Sr. k. k. Majestät ihr Anliegen in Betreff der Curanstalt vorzutragen. Ihr Schwiegersohn, Herr von Ujhazy, hat die Bewilligung zu practiciren noch nicht erhalten.

— Das Ugramer k. k. Landesgericht hat den Redacteur der „Südslav. Stg.“, Hr. J. Praus, wegen dem in seinem Blatte aufgenommenen, das hohe k. k. Ministerium verletzenden Artikel, zu einem Monat Arrest und 100 fl. C. M. verurtheilt.

— Die Handelskammer von Venedig veranstaltete am 13. d. ein glänzendes Mittagmal im Hotel Royal Danieli zu Ehren des Frhrn. v. Bruck.

Venedig. In Venedig hat sich am 9. l. M. ein äußerst tragischer Vorfall ereignet. Ein von seinen Gläubigern hart bedrängter Käsehändler schloß am genannten Tage plötzlich seinen Verkaufsladen, ging nach Hause, umarmte seine Frau und seine zwei noch in sehr zartem Alter stehenden Kinder, bezug sich in ein Nebengemach und versuchte dort sich die Kehle zu durchschneiden. Da seine Hand zitterte und das Messer, das er zu dem Selbstmord verwendete, sehr stumpf war, so zerriß er die Luftröhre nach wiederholten Schnitten im eigentlichen Sinne des Wortes. Sein Stöhnen rief seine unglücklichen Angehörigen herbei, welche schon zuvor durch sein verstörtes Aussehen ängstlich gemacht worden waren. Auf ihr Geschrei liefen die Nachbarn herbei und wurden Aerzte geholt, die jedoch nicht mehr zu helfen vermochten. Nach zehn martervollen Stunden hatte der Unglückliche seinen letzten Athem ausgehaucht.

Deutschland.

Kiel, 11. Jänner. Der landesherrliche Commissär, Graf Reventlow-Criminil, welcher sich neuerdings in Begleitung des Kammerherrn v. Bille nach Kopenhagen begeben, wird in den nächsten Tagen hier zurück erwartet. Da über den Ausgang der Mission des Letztgenannten augenblicklich so viele conjuncturalpolitische Versionen in Umlauf sind, so erlauben Sie mir, daß ich Ihnen einige genaue und authentische Thatsachen über den Stand der Dinge mittheile. Die Pacificationsverhältnisse sind in ihren Hauptmomenten geregelt, und rückt der Zeitpunkt einer vollständigen Erledigung derselben immer näher; aber was das gegenseitige Verhältniß der Landestheile zu einander, die innere organische Gestaltung des Gesamtstaates betrifft, so sind die dahin gehenden Differenzpunkte bis jetzt zum Theil unerledigt geblieben.

Das „Norddeutsche Portefolio“, welches zu Hamburg erscheint, spricht sich in folgender gebieterischer Weise über die österreichischen Zoll- und Handelsbestrebungen aus: „Das Mißtrauen, mit welchem man hier und an andern norddeutschen Handelsplätzen der Eröffnung der Wiener Zollconferenzen entgegen gesehen hatte, ist durch die Rede des österreichischen Premierministers im Wesentlichen geschwächt worden. Selbst die gegnerischen Stimmen versagen in diesem Augenblicke der würdigen und von aller Selbstüberhebung freien Sprache des kaiserlichen Cabinetspräsidenten ihre Anerkennung nicht. Durch die offen ausgesprochene Versicherung, daß der Zollvereinigungsplan in keiner Weise den Bestand des Zollvereins gefährden solle, daß im Gegentheile nur die Grundlagen festzustellen wären, auf welchen eine Einigung beider Handelsgebiete ermöglicht werden könnte; die wesentlichen Verkehrsvereinfachungen, welche durch den Einigungsentwurf in Aussicht gestellt werden; ferner die Anerkennung, welche der handelspolitischen Macht Preußens sowohl, als der Hansestädte durch Ueberlassung der Vereinsvertretung an den wichtigsten (auswärtigen) Punkten des deutschen Welthandels gezollt wird — dieß Alles trägt dazu bei, auch in Norddeutschland eine günstigere Stimmung für das mittel-europäische Zoll- und Handelsbündniß hervorzurufen. Während man zu Berlin den hanov. Vertrag als einen Fortschritt auf dem freihändlerischen Pfade zu bezeichnen bemüht ist, wendet sich die inspirirte „N. Pr. Stg.“ „im Interesse der süddeutschen Staaten“ gegen die freihändlerischen Forderungen, welche etwa Hannover bei der bevorstehenden Zollconferenz aufstellen sollte. In beiden preußischen

Kammern, so wie in der ständischen hannov. Commission treten indeß von sehr verschiedenen Standpunkten die gewichtigsten Bedenken gegen die Ratification des Vertrags vom 7. Sept. auf. Bedarf es unter solchen Umständen einer besonderen Erklärung, wenn allmählich alle patriotischen Kräfte in Deutschland sich derjenigen Macht zuwenden, bei welcher der klare und energische Wille und die rastlose Thätigkeit zu einem Einigungswerk sich kund geben? Mag man auch immerhin egoistische Interessen bei Oesterreich voraussetzen, so ist es doch gewiß, daß materielle Interessen überall auch egoistisch seyn müssen, wenn sie auf practischen Erfolg sollen rechnen dürfen. Und ebenso gewiß ist es, daß ein wenig mehr nationaler Egoismus, als in der That im großen Ganzen des deutschen Volkes vorhanden ist, zur Kräftigung des deutschen Staatswesens Noth thut. Da Oesterreich den Weg der freien und selbstständigen Einigung für alle Bundesstaaten offen hält, so kann nur die Schwäche oder die ängstliche Kurzsichtigkeit sich selbst damit anklagen, wenn nicht gemeinsam deutsche, sondern nur specifisch österreichische Interessen bei den bevorstehenden Conferenzen gewahrt würden. Dem Muthigen gehört die Welt, aber nicht durch Worte, sondern durch Thaten.

Frankreich.

Paris, 12. Jänner. Das „Journal du Havre“ gibt Details über den Transport von 648 Gefangenen, welcher nach dem Havre gebracht worden: Bei der Einschiffung herrschte die größte Ordnung und Ruhe. Unter den Transportirten befanden sich zwei Exrepräsentanten des Loiret, Alex. Martin und Michot-Boutet, und ferner ein Excommissär der provisorischen Regierung, Ferreira, welche Alle in Paris wohnhaft waren. Während der Einschiffung kam eine telegraphische Depesche, welche anordnete, den unter den zu transportirenden befindlichen Advokaten Rivière nach Paris zurückzubringen, wohin er auch bereits abgegangen. Die 50 Mann Gend'armie, welche die Escorte bilden, und unter dem Commando eines Capitäns stehen, werden gleichfalls die Gefangenen nach Cayenne begleiten.

Der „Pays“ meldet, daß bereits ein zweiter Zug von 614 Gefangenen nach Brest abgegangen, um transportirt zu werden. Unter ihnen soll sich der ehemalige Redacteur des Blattes „la Revolution“, Xavier Durrieu und der Fabeldichter Lachambeaudie befinden.

Die Nachrichten aus Algerien melden, daß der General Randon, der neue Gouverneur dieser französischen Besitzung, in Algier angekommen ist und in aller Ruhe Besitz von seiner Regierung genommen hat. Der General Pelissier, der bisher interimistisch die Stelle eines Generalgouverneurs Algeriens versah, ist nach der Ankunft Randon's sofort auf einer Fregatte nach Oran abgefegelt.

Man liest im „Constitutionnell“: Die Zahl der durch die Gend'armie im Departement Ost-Pyrenäen vorgenommenen Verhaftungen beläuft sich auf zweihundert. Die Mehrtheit der Inquisiten bezieht sich, ein unumwundenes Geständniß abzulegen; die Angeklagten zeigen allgemein tiefe Reue und entwickeln vor den entsetzten Augen der Richter ein größliches Bild des Jammers und der Zerstörung, zu welcher sie von einigen Verworfenen getrieben worden waren. Aus ihren Geständnissen geht hervor, daß eine geheime Gesellschaft bestand, deren Mitglieder sich wechselseitig den Schwur leisteten, am Tage des allgemeinen Raubes und Mordes nur ihre eigenen Weiber und Töchter vor Entehrung zu bewahren.

— Lord Normandy und der Minister des Auswärtigen haben am 9. d. gegenseitig die Ratificationen des Vertrages über das literarische Eigenthum zwischen Frankreich und England ausgetauscht.

Spanien.

Madrid, 1. Jänner. Ihre Majestät die Königin hat befohlen, die Summen, die zu Festlichkeiten wegen Geburt der Infantin bestimmt waren, an die Armen zu vertheilen.

Dem Don Jose de Salamanca ist die Concession erteilt, die Eisenbahn von Aranjuez nach Almansa fortzubauen. Es hat dieß vorher wichtige Debatten abgegeben. Die Regierung wollte nämlich den Eisenbahn-Bauunternehmer zwingen, eine Zweigbahn von Toledo nach Madrid herzustellen, um so die alte Kaiserstadt mit Madrid in nähere Verbindung zu setzen. Diese Zweigbahn würde aber mehrere Millionen kosten. Die Strecke von Aranjuez nach Almansa muß binnen drei Jahren dem Betriebe übergeben seyn.

Großbritannien und Irland.

London, 10. Jänner. Von der Admiralität ist Befehl erteilt worden, Portsmouth, den größten Kriegshafen des Landes, in dem sich auch die bedeutendsten Waffenvorräthe befinden, mit neuen Werken zu befestigen, und zwar soll dieß in möglichst kurzer Zeit ausgeführt werden. Es sollen zwei neue Forts, welche den Zugang zum Hafen decken, jede mit 100 Geschützen von schwerem Caliber armirt werden. Das bezogene Fort Brown-down auf der Seite von Gos-poul muß binnen zwei Monaten vollendet seyn. Die Posten an manchen Punkten sind bereits verdoppelt und eine starke Bedeckung Artillerie ist nach den Pulverthürmen beordert worden. Die „Shipping Gazette“ will ferner wissen, daß man an die sofortige Ausrüstung der Flotte denke und sich bei der Admiralität mit der Frage beschäftige, auf welche Weise die nöthige Anzahl Matrosen am schnellsten angeworben werden könne. Die häufigen Conferenzen des Herzogs von Wellington mit dem General-Inspector der Festungsarbeiten, General-Lieutenant Sir John Burgoyne, sollen zu dem Beschluß geführt haben, an den Themse-Ufern, in den Grafschaften von Kent und Essex, permanente befestigte Lager zu errichten, deren Hauptzweck seyn soll, den Themse-Hafen und die Hauptstadt vor einem feindlichen Ueberfall zu schützen. Die Artillerie soll angeblich um 24 Compagnien (im Ganzen 2400 Mann) vermehrt und für die Linientruppen sollen 10.000 Mann angeworben werden. In den Journalen tauchen auch hier und da Vorschläge auf, daß sich Schieß-, Exercir- und Vertheidigungs-Clubs bilden sollten.

Neues und Neuestes.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 13. Jänner. 5% 104.35; 3% 69.40.

Die neue Constitution ist veröffentlicht. Die Principien des Jahres 1789 werden als Grundlage des französischen Staatsrechtes anerkannt. Das Staatsoberhaupt führt den Titel Präsident, und wird auf 10 Jahre gewählt. Der Präsident ist verantwortlich, kann an das Volk appelliren, befehligt die Kriegsmacht, schließt Friede und Verträge, ernennt die Beamten, welche der Constitution Gehorsam und ihm Treue eidlich geloben, läßt die Gerechtigkeit in seinem Namen verwalten, besitzt die Initiative bei Gesetzen, übt das Begnadigungsrecht und verhängt nöthigenfalls Belagerungs-Zustand. Der Senat beruft das Volk zur neuen Wahl eines Präsidenten. Der Staatschef ist berechtigt, dem Volke seinen Nachfolger zu empfehlen. Bis zum Ausfalle der Wahl regiert der Senat mit den Ministern. Der Senat besteht aus 150 unabsehbaren Mitgliedern, welche Dotation erhalten. Die Senatsitzungen sind geheim. Für den gesetzgebenden Körper entfällt auf je 35.000 Wähler ein Deputirter. Das Mandat dauert 6 Jahre. Die Sitzungen sind dreimonatlich und werden in Protocollauszügen veröffentlicht. Der Staatsrath besteht aus fünfzig Mitgliedern mit je 25.000 Fr. Besoldung.

Theater-Notiz.

Dinstag den 20. d. M. findet zum Vortheile des fleißigen und begabten Schauspielers Herrn Buchner die Darstellung der „Glücksritter in Paris“ statt. Indem wir auf dieses effectvolle Drama besonders aufmerksam machen, wünschen wir dem braven und strebsamen Beneficianten ein recht volles Haus.

